



Haushalts- und Finanzausschuss

6. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

27. Oktober 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:04 Uhr bis 12:20 Uhr

12:58 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Carolin Kirsch (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Nachtragshaushaltsgesetz 2022 – NHHG 2022)

9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/900

Ausschussprotokoll 18/33 (Anhörung am 20.10.2022)

Vorlage 18/246

– abschließende Beratung und Abstimmung zur 2. und 3. Lesung

– Wortbeiträge

¹ vertraulicher Teil mit TOP 15 bis 23 siehe vAPr 18/10

Allgemeine Aussprache	10
– Wortbeiträge	
Abstimmungen über die Änderungsanträge	24
<i>(Alle in der heutigen Sitzung gestellten Änderungsanträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse sind dem Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/1384 zu entnehmen. In diesem Protokoll sind nur die darüber hinausgehenden Diskussionsbeiträge wiedergegeben.)</i>	
Nachtragshaushaltsgesetz (Text)	24
Antrag der Fraktion der SPD <i>(siehe Drucksache 18/1384, Seite 10)</i>	
– Wortbeiträge	
Nachtragshaushaltsgesetz (Text)	24
Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN <i>(siehe Drucksache 18/1384, Seiten 11 und 12)</i>	
– Wortbeiträge	
Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Bildung	
Zu: Kapitel 05 010, Titelgruppe 88, Titel 547 88	25
Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN <i>(siehe Drucksache 18/1384, Seite 15)</i>	
– Wortbeiträge	
Zu: Kapitel 05 030, Titel 231 11 neu und Titel 681 11 neu	30
Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN <i>(siehe Drucksache 18/1384, Seite 16)</i>	
– Wortbeiträge	
Einzelplan 07: Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration	
Zu: Kapitel 07 040, Titelgruppe 88, Titel 547 88	30
Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN <i>(siehe Drucksache 18/1384, Seite 27)</i>	
– Wortbeiträge	

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzen	
Zu: Kapitel 20 020, Titel 517 10 neu	30
Antrag der Fraktion der SPD (siehe Drucksache 18/1384, Seite 34)	
– Wortbeiträge	
Einzelplan 20: Allgemeine Finanzen	
Zu: Kapitel 20 020, Titel 359 00, Titel 462 20 und Titel 462 40 neu	31
Anträge der Fraktion der SPD (siehe Drucksache 18/1384, Seiten 35 bis 37)	
– Wortbeiträge	
Haushaltsausgleich	31
– Wortbeiträge	
Bereinigungsbeschluss	32
– keine Wortbeiträge	
Einstimmig fasst der Ausschuss den auf Seite 13 des Ausschussberichts Drucksache 18/1384 wiedergegebenen Bereinigungsbeschluss.	
Schlussabstimmung	32
– keine Wortbeiträge	
Der Ausschuss stimmt zur 2. und 3. Lesung dem so veränderte Nachtragshaushaltsgesetz 2022 einschließlich des Gesamtplans, der Übersichten und der Einzelpläne, das heißt in der Fassung durch alle zuvor beschlossenen Änderungen, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.	

- 2 Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes sowie des Landesreisekostengesetzes 33**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/928
- Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/1378
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.
- Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD zu.
- 3 Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses gemäß § 31 Abs. 2 Haushaltsgesetzes 2022 zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise 35**
- Vorlage 18/321
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt der Maßnahme in Vorlage 18/321 mit den Stimmen aller Fraktionen zu.
- 4 Verlängerung der Abgabefrist für die Grundsteuererklärung (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]) 36**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

- 5 Abschluss einer Bund-Länder-Vereinbarung gemäß Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes über die Fortsetzung des Professorinnenprogramms des Bundes und der Länder zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen** 38

Vorlage 18/195

– Wortbeiträge

Der Entwurf wird ohne Einwendungen zur Kenntnis genommen.

- 6 Abschluss einer Bund-Länder-Vereinbarung gemäß Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes über die Fortsetzung der gemeinsamen Förderung der NAKO Gesundheitsstudie** 39

Vorlage 18/202

– Wortbeiträge

Der Entwurf wird zur Kenntnis genommen. Einwendungen werden mehrheitlich nicht erhoben.

- 7 Änderung der Bund-Länder-Vereinbarung „Exzellenzstrategie“ (Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91b Absatz 1 des Grundgesetzes zur Förderung von Spitzenforschung an Universitäten – „Exzellenzstrategie“ – gemäß Beschluss der Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern vom 16. Juni 2016)** 40

Vorlage 18/251

– Wortbeiträge

Der Entwurf wird ohne Einwendungen zur Kenntnis genommen.

- 8 Änderung der Bund-Länder-Vereinbarung gemäß Artikel 91b des Grundgesetzes zum Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken** 41

Vorlage 18/252

– Wortbeiträge

Der Entwurf wird ohne Einwendungen zur Kenntnis genommen.

- 9 Zustimmung des Landtags Nordrhein-Westfalen gemäß § 64 Abs. 2 LHO zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW); Münster, Geiststraße 42**

Vorlage 18/219

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt der Veräußerung mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 10 Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) gem. § 15 Abs. 3 Haushaltsgesetz (HHG) 2022; Grundstück in Gummersbach, Hindenburgstraße 43**

Vorlage 18/262

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt der Veräußerung mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 11 Zustimmung des Landtags Nordrhein-Westfalen gemäß § 64 Abs. 2 LHO zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW); Essen, Norbertstraße 44**

Vorlage 18/275

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt der Veräußerung mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 12 Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) gem. § 15 Abs. 3 Haushaltsgesetz (HHG) 2022; Münster, Von-Stauffenberg-Straße/Sperlich Straße 45**

Vorlage 18/276 (Neudruck)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt der Veräußerung mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 13 Unterrichtung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen über die Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) nach § 15 Abs. 3a) Haushaltsgesetz (HHG) 2022; bebautes Grundstück in Anröchte, Kliever Straße** **46**

Vorlage 18/220

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt der Veräußerung mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

- 14 Verschiedenes** **47**

- a) Beratungsverfahren Haushaltsgesetz 2023** **47**

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, die geplante Anhörung am 17. November 2022 durchzuführen. Dem Ausschusssekretariat sind bis zum 3. November, 12.00 Uhr, die einzuladenden Sachverständigen zu nennen.

- b) Gemeindefinanzierungsgesetz 2023** **47**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1100

- c) Unterstützung jetzt! Studierendenwerke auskömmlich finanzieren und Studierende entlasten!** **48**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/968

Der Ausschuss kommt auf Anregung des Abgeordneten Stefan Zimkeit (SPD) einvernehmlich überein, sich nachrichtlich an der Anhörung zu beteiligen.

- d) Unterstützung jetzt! – Starke Kommunen und Stadtwerke als Stützen in der Energiekrise** **48**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/976

- e) Unterstützung jetzt! Die Energiekrise darf nicht zur Krise der Kultur werden** **48**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/971
- f) Terminplan 2023 (s. Anlage 2)** **49**
- Es erhebt sich kein Widerspruch gegen den Terminplan.
- g) HFA-Vorlagen während der Herbstpause** **49**
- Vorlage 18/223

* * *

2 **Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes sowie des Landesreisekostengesetzes**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/928

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/1378

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses sowie an den Innenausschuss am 28.09.2022)

Vorsitzende Carolin Kirsch erinnert an die in der Sitzung am 22. September getroffene Vereinbarung, wonach eine Anhörung entbehrlich sei. Der mitberatende Innenausschuss habe den Gesetzentwurf am 20. Oktober 2022 beraten, ohne Votum abgeschlossen und zurück an den federführenden Ausschuss gegeben. Der mitberatenden Unterausschuss Personal habe der Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 25. Oktober 2022 beraten und ebenfalls ohne Votum abgeschlossen.

Stefan Zimkeit (SPD) erkundigt sich, ob aus Sicht der Landesregierung für die Betroffenen eine Steuerpflicht durch die Erhöhung der Kilometerpauschale entstehe, weil diese über die im Steuerrecht geltenden Satz liege. Falls dem so sei, komme die Erhöhung für viele Betroffene nicht in der dargestellten Höhe zustande. In dem Falle halte die SPD-Fraktion die Erhöhung für unzureichend.

Den Inhalt des Änderungsantrags teile die SPD-Fraktion. Dies sei den Koalitionsfraktionen bekannt, da seine Fraktion diese Forderung bereits mehrfach gestellt habe. Er rege an, in ähnlich gelagerten Fällen, die der Beschleunigung eines gemeinsamen politischen Willens dienten, den übrigen Fraktionen die Beteiligung an einem entsprechenden Antrag zu ermöglichen.

Simon Rock (GRÜNE) nimmt die Anregung auf.

MDgt Dr. Lukas Mangelsdorff (FM) erläutert, die Wegstreckenentschädigung bleibe auch nach der Erhöhung steuerfrei.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD zu.